

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0902/2006

11.07.2006

10 Grüne Vorschläge für mehr Ausbildung

*Zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt erklärt **Priska Hinz**, bildungspolitische Sprecherin:*

Die Sommerpause hat begonnen und die Bundesregierung hat in Sachen Ausbildung immer noch nichts auf den Weg gebracht. Mit 10 Grünen Vorschlägen für mehr Ausbildung geben wir den zuständigen Ministern Glos und Schavan gerne Nachhilfeunterricht. Eine Auswahl:

Ausbildungskosten müssen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben besser verteilt werden. Kurzfristig können die Betriebe mehr Gerechtigkeit schaffen, indem sie beispielsweise die Prüfungsgebühren auf die Kammermitglieder umlegen. Die Tarifparteien könnten in regionalen oder branchenspezifischen Umlagesystemen jeweils eine zielgenaue und bürokratiearme Umlage einrichten. Die Regierung muss Gewerkschaften und Unternehmen hierfür an einen Tisch bringen.

Die Gewerkschaften sind aufgefordert, den Ausbildungspakt mit eigenen Vorschlägen zu beleben. Die Debatte über ein Einfrieren der Ausbildungsvergütung zeigt eine gewisse Bewegung, die von der Regierung genutzt werden sollte, um die Gewerkschaften in den Pakt einzubinden.

Wie der Blick über die Grenzen zeigt, können pädagogisch hochwertige und gut ausgestattete berufliche Schulen auch die Jugendlichen erreichen, die vom schulischen Lernen eigentlich die Nase voll hatten. Ein erfolgreiches Beispiel aus Deutschland sind die so genannten Produktionsschulen mit hohem Praxisanteil. Hier ist das duale System in der Schule verankert.

Lehrer müssen durch entsprechende Aus- und Fortbildung in die Lage versetzt werden, eine erste individuelle Berufsorientierung für ihre Schüler zu leisten. Sie müssen sowohl auf dem aktuellen Stand der Berufsbilder und Studiengänge sein, als auch regionale Netzwerke kennen und nutzen. Bisher kommt das in ihrer Aus- und Fortbildung viel zu kurz. Die Bundesregierung sollte im Rahmen des Ausbildungspaktes darauf hinwirken, dass die Länder hier schleunigst nacharbeiten.

Und nicht zuletzt muss die Trennung zwischen Jugendlichen, die unter "Bedarfsgemeinschaft nach SGB II" fallen, und Jugendlichen, denen nach SGB III die Arbeitsagentur Berufsberatung zukommen lässt, aufgehoben werden. Alle Jugendlichen müssen den gleichen Zugang zu Berufsberatung und -orientierung haben.

Die 10 Grünen Vorschläge finden Sie unter

<http://www.priska-hinz.de/cms/default/dokbin/139/139035.pdf>
(<http://www.priska-hinz.de/cms/default/dokbin/139/139035@de.pdf>).